

## Unfallfahrer verletzt sich

**MÜNCHENSTEIN.** Auf der Bruderholzstraße sind am Dienstag kurz vor 17.15 Uhr zwei Autos aufeinander aufgefahren. Dabei wurde eine Person leicht verletzt. Den bisherigen Erkenntnissen der Polizei Basel-Landschaft zufolge fuhr der 23-jährige Autofahrer auf der Bruderholzstraße in Richtung Münchenstein. Kurz vor dem Tunnel „Lange Heid“ fuhr er aus noch ungeklärten Gründen auf das Heck des vor ihm im Kolonnenverkehr fahrenden Personenwagens auf. Der Unfallverursacher wurde durch den Rettungsdienst zur Kontrolle in ein Spital gebracht. Die Fahrerin des zweiten Fahrzeugs blieb beim Unfall unverletzt. An beiden Fahrzeugen entstand erheblicher Sachschaden. Sie mussten durch ein Abschleppunternehmen aufgeladen und abtransportiert werden. Während der Sachverhaltsaufnahme war die Bruderholzstraße nur einspurig befahrbar. Dadurch kam es zu Verkehrshinderungen im Feierabendverkehr. *sda*

## Zwei neue Velo-Routen

**LIESTAL.** Zwischen Basel und Aesch sollen zwei Velovorzugsrouten entstehen. Die Baselibieter Regierung hat eine entsprechende Vorlage an den Landrat überwiesen und beantragt 12,2 Millionen Franken für das Projekt. Beide Routen sollen an der Grenze zwischen Basel und Münchenstein beginnen, wie einer beigelegten Karte zu entnehmen ist. Eine von ihnen soll westlich der Birs über Reinach nach Aesch führen, die andere östlich der Birs via Arlesheim und Dornach. „Beide Routen erschließen wichtige Bahnhöfe sowie Wohn- und Arbeitsgebiete“, schreibt die Regierung in einer Medienmitteilung vom Mittwoch. Es solle eine „attraktive und leistungsfähige Alternative“ zum motorisierten Individualverkehr und zum öffentlichen Verkehr entstehen. Die Regierung will das Projekt „prioritär vorantreiben“, wie es heißt. Einzelne Bauprojekte müssten bis Ende 2028 in die Realisierung gehen, damit Fördermittel gesichert würden. *sda*

## Liste wird angepasst

**BASEL/LIESTAL.** Ab dem 1. Januar 2026 sind Operationen im Bereich der Fuß- und Ellenbogenchirurgie auch auf der gemeinsamen Liste der beiden Basel von ambulanten Eingriffen zu finden. Die beiden Kantone haben ihre Liste entsprechend angepasst und die Bundesregelung vollständig übernommen. Die Liste umfasst ab dem neuen Jahr 19 statt bisher 18 Gruppen von Eingriffen, wie die Gesundheitsdirektionen beider Basel am Mittwoch gemeinsam mitteilten. Die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft führen seit 2018 eine gemeinsame Liste von medizinischen Eingriffen, die nur noch ambulant durchgeführt werden sollen. Damals waren noch 13 Eingriffe namentlich aufgeführt. Eine Liste von ambulanten Eingriffen ist seit 2023 auch schweizweit verbindlich. *sda*



Das Bildungssystem soll die Schüler – hier der Schulcampus in Maulburg – besser auf das künftige Berufsleben vorbereiten (Symbolfoto).

Foto: Gerald Nill

# Ressourcen reichen oftmals nicht aus

Eine bessere Ausstattung der Schulen fordern die Landtagsabgeordneten des Landkreises Lörrach sowie die Gewerkschaften der Lehrer. Mit dem Ergebnis der Umfrage zum BaWü-Check könne man nicht zufrieden sein, lautet mehrheitlich der Tenor.

■ Von Gerald Nill

**KREIS LÖRRACH.** Als drängende Aufgaben der Schulen wurden in der Umfrage die Vorbereitung aufs Berufsleben und die frühzeitige Sprachförderung angesehen.

Den Finger in die Wunde legt auch Nicolas Bühler für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Landkreis: „Gleichzeitig sind die bildungspolitischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte deutlich spürbar: Der Lehrkräftemangel im ländlichen Raum, insbesondere in den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, marode Schulgebäude, eine finanziell und personell unzureichend ausgestattete Inklusion.“ Bühler findet: „Diese Probleme werden nicht oder nur zögerlich angegangen.“

### Demokratiebildung soll hohen Stellenwert erhalten

Positiv merkt der GEW-Vorsitzende an, „dass weitere zentrale Themen wie Ganztags, frühkindliche Bildung und Unter-

um bestehende Bildungsgleichheiten wirksam abzubauen. Hier wünsche ich mir, dass von der nächsten Landesregierung noch deutlich mehr kommt.“

Zum Thema Berufsvorbereitung stellt Bühler fest: „Wo Berufsorientierung und Praktika gut organisiert sind, kann die schulische Vorbereitung auf das Berufsleben gelingen. Die beruflichen Schulen in den Kreisen leisten hier enorme Arbeit, um unterschiedlichen Schulformen und Bildungsabschlüssen gerecht zu werden.“ Aktuell gelinge das noch nicht immer, wie auch die Umfrageergebnisse des BaWü-Checks zeigen. Eine moderne Ausstattung, mehr Beratungsangebote, klarere Strukturen und eine verlässliche politische Unterstützung seien entscheidend, um die Vorbereitung auf das Berufsleben weiter zu verbessern. Sorgen machen ihm vor allem Schüler ohne Bildungsabschluss. „Hier nehme ich wahr, dass die vorhandenen Ressourcen oft nicht ausreichen, um diesen jungen Menschen einen gelingenden Start in das Berufsleben zu ermöglichen.“

Der Verband Bildung und Erziehung betont das „sehr kompetente und sehr engagierte Arbeiten der Lehrerinnen und Lehrer“, so der Vorsitzende des VBE Südbaden. Christoph Wolk spielt damit auf Äußerungen der CDU beim Parteitag am letzten Wochenende an, als es um eine mögliche Bestrafung fauler Lehrer ging. „Absolut unangebracht sind Äußerungen im Regierungsprogramm der CDU, wonach Lehrer für schlechte Leistungen bestraft werden sollen. Der VBE unterstützt die Forderung nach Leistung, die Spezifizierung auf den Lehrerberuf ist aber reiner Populismus!“ Zu der Erhebung im BaWü-Check sagt Wolk: „Die Umfrageergebnisse weisen zu recht auf Bedürfnisse der Menschen und Fehler im System hin. Die kritische wirtschaftliche Lage macht Änderungen im Bildungsbetrieb notwendig: weniger Stundenausfall, kleinere Klassen, Deutschkurse für Schüler mit



Christoph Wolk, VBE-Vorsitzender Südbaden

Foto: Wolk



Sarah Hagmann, Grüne

Foto: Lena Lux



Jonas Hoffmann, SPD

Foto: SPD/Hannah Bichay

Sprachproblemen. Zum Aspekt Berufsvorbereitung in Schulen erklärt Wolk: „Der VBE ist der Ansicht, dass Schulen die jungen Menschen bilden und auch auf das Berufsleben vorbereiten sollen. Beides gelingt den Lehrerinnen und Lehrern erfreulich gut.“ Noch besser könne es mit besseren Rahmenbedingungen gelingen. Ein „permanenten Aktionismus der politisch Verantwortlichen“ blockiere in den Schulen die Vorbereitung aufs Berufsleben.

### Lehrer von IT-Aufgaben entlasten

Durch die Umfrage bestätigt sieht sich SPD-Landtagsabgeordneter Jonas Hoffmann: „Mein erster Gedanke beim Blick auf die TOP 5-Themen ist, dass die Pläne und Forderungen der SPD genau zu den genannten Bedürfnissen der Leute passen: Wir wollen mehr Lehrkräfte ausbilden und sie von IT-Aufgaben entlasten, damit mehr und hochwertiger Unterricht möglich ist.“

Die Probleme seien vielfältig: hoher Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel, viele Schüler erreichen Mindeststandards in Mathe und Deutsch nicht. Es fehle an Ressourcen für Inklusion. „Statt echter Reformen schaffen CDU und Grüne in der Landesregierung mit Modellversuchen einen bildungspolitischen Flickenteppich.“

Dann greift der Lörracher Landtagsabgeordnete nach den Sternen: „Wenn ich persönlich das Bildungssystem gestalten könnte, sähe es so aus: Kostenfreie Kitas für alle. Danach

sechs Jahre Grundschule. Und anschließend ein zwei-Säulen-Schulsystem in der Sekundarstufe.“ Hoffmann weiter: „Ich will, dass das Land eine duale Ausbildung von Lehrkräften an der DHBW mit Praxis von Anfang einführt, die Schulsozialarbeit komplett finanziert und auch die Kosten für eine professionelle IT-Administration übernimmt.“ Lehrkräfte könnten sich mehr auf den Unterricht konzentrieren und würden durch multiprofessionelle Teams unterstützt werden.

„Das kostet viel Geld, wäre aber sehr gut investiert, weil das unserer Wirtschaft gut qualifizierte Fachkräfte und unsere Gesellschaft gefestigte Persönlichkeiten sichert, die auch bei ungleichen Ausgangssituationen befähigt werden, ihr Potenzial zu entfalten“, findet Hoffmann.

### Schüler besser aufs Berufsleben vorbereiten

Für die Grünen, die aktuell den Ministerpräsidenten und die Bildungsministerin stellen, fällt die Bilanz freilich deutlich positiver aus. So stellte die Landtagsabgeordnete Sarah Hagmann fest: „Gute Bildung braucht jedoch auch eine gute Schulinfrastruktur mit modernen und intakten Schulgebäuden sowie einer guten digitalen Infrastruktur. Deshalb haben wir die Landesförderung für Schulbau- und Schulsanierungsmaßnahmen ab 2025 auf 450 Millionen Euro mehr als verdoppelt und stellen bis 2029 insgesamt 861 Millionen Euro an Landesmitteln für den

Ganztagsausbau bereit. Und ab 2026 trägt das Land 68 Prozent der kalkulierten Betriebskosten der Ganztagsbetreuung.“

Insgesamt unterstütze das Land die Kommunen bei der Ganztagsbetreuung damit bis 2030 unter Einbeziehung der Bundesmittel mit über einer Milliarde Euro. Es sei richtig, dass rund zwei Drittel der Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes direkt an die Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg fließen.

Hagmanns Fazit: „Die Umfrageergebnisse verdeutlichen: Die in diesem Jahr angestoßenen Änderungen der Bildungsreform sind richtig, denn sie greifen ganz besonders die Themen auf, die auch der Bevölkerung wichtig sind. Sprache und Berufsorientierung.“ So rücke die Sprachkompetenz beispielsweise bei der Einschulung mit Sprachfit und den Juniorklassen in den Fokus. In allen weiterführenden Schulen werde zudem die Berufsorientierung durch Innovationselemente im Bereich der beruflichen Orientierung sowie durch die Stärkung von Fächern wie Informatik und Medienbildung, die für die heutige Berufswelt wesentlich sind, gestärkt. Abschließend stellte der Landtagsabgeordnete der Grünen fest: „Um Schüler besser auf das Berufsleben vorzubereiten, muss der Übergang von der Schule in den Beruf besser gestaltet werden. Zudem muss der Fokus wieder stärker auf Basiskompetenzen wie Deutsch und Mathematik liegen.“